

Kommentar von Lili Schlumberger

**Der Staat erweist sich als unfähig, potentielle Opfer von Nazi-Banden zu schützen.  
Wir wollen gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und Ausgrenzung vorgehen!**

Seit dem Selbstmord von zwei Mitgliedern der Nazi-Mörderbande NSU reißen die Meldungen über weitere Verhaftungen nicht ab. Die Blutspur führte über Thüringen und Sachsen bis nach München. Ermordet wurde eine Polizistin, ein Grieche und acht Menschen, deren Familien ursprünglich aus der Türkei stammen.

Bei allen Opfern bis auf die deutsche Polizistin wurde jetzt bekannt, dass jedes Mal sehr schnell von den Ermittlungsbehörden ein rechtsterroristischer Hintergrund ausgeschlossen wurde. Behauptet wurde, es handle sich um „Ehrenmord“, um die kurdische PKK, um Maffia etc. Klar wurde auch die mehr als dubiose Rolle des „Verfassungsschutzes“, dessen V-Männer von der „Aktion Bosphorus“ sprachen und von „Döner-Morden“.

Damit wurde nicht nur die rassistische Sprache der Neonazis übernommen, sondern mit der Beschuldigung der Opfer selbst offenbarten „Verfassungsschutz“ und Ermittlungsbehörden durchgängig ihre eigenen rassistischen Vorurteile und ihr Blindsein gegen die Gefahren von rechts.

Nun wird das erneute Verbot der NPD erwogen. Das ist schon richtig, weil die NPD der Geldgeber für die gewalttätigen Nazis ist. Aber vom damaligen Bundesinnenminister Schily (SPD) war der Antrag ans Verfassungsgericht so schlampig vorbereitet worden - erst eine Woche vor der 1. Verhandlung wurde mitgeteilt, dass alle Leitungsebenen mit V-Leuten durchsetzt waren - dass er scheitern musste, und ein nochmaliges Scheitern wäre eine Katastrophe.

Der Innenminister Bayerns, Wolfgang Herrmann (CSU) hielt vor zwei Wochen immer noch daran fest, dass die „Hauptgefahr“ in Bayern vom sogenannten „Linksextremismus“ und vom islamistischen Terror ausginge, allein das ist ein Skandal! Neben unserer Partei und weiteren Organisationen wird seit einigen Jahren die Organisation A.I.D.A. observiert, in der Menschen ehrenamtlich die Aktionen und Verbrechen von Neonazis dokumentieren. Auch die VVN (Veband der Verfolgten des Nazi-Regimes) und Menschen wie der unermüdlicher Münchner Zeitzeuge Ernst Grube, der als Kind das Vernichtungslager Theresienstadt überlebte, werden in Bayern vom Verfassungsschutz observiert.

Mit der Verharmlosung der Gefahr von rechts wurde auch von den Ermittlungsbehörden in Bayern eine in der Tat blutige Tradition fortgesetzt, die mit dem furchtbaren Oktoberfest-Attentat 1980 einen ihrer Höhepunkt hatte: Auch da war schnell vom Einzeltäter die Rede, obwohl nachweislich die Nazi-Organisation „Wehrsportgruppe Hofmann“ dahinter steckte.

Die Gefahr, dass viele Menschen in einer Krise wie heute auf einfache Feindbilder abfahren, ist groß: Nicht nur der Sarrazin-Medien-Hype und seine Resonanz zeigen das. Nach neuesten Ergebnissen einer Langzeitstudie an der Universität Bielefeld meinen fünfzig Prozent der Deutschen, wir seien „zu stark überfremdet“ – und damit liegt Deutschland im europäischen Mittelfeld!

Wir LINKE stehen auf unserem Grundgesetz, nach dem die Würde des Menschen unantastbar ist. Der „Verfassungsschutz“ wie alle anderen Geheimdienste gehören aufgelöst, da sie vom Wesen her nicht demokratisch kontrollierbar sind, auch das fordern wir. In einer Resolution

spricht sich der Landesvorstand Bayern der LINKEN für das Verbot rassistischer und nazistischer Organisationen ( siehe unter: [www.die-linke-bayern.de](http://www.die-linke-bayern.de)).

Dreißig Prozent der Münchnerinnen und Münchner sind Menschen mit Migrationshintergrund, die meisten von ihnen leben hier in der 2., 3. und schon 4. Generation. Viele von ihnen fühlen sich erneut bedroht und oft auch allein gelassen. Der Naziterror trifft auch Homosexuelle, Lesben, Arme, Obdachlose, Antifaschistinnen und Antifaschisten, Linke usw. usw.

**Wir treten ein für eine gleichberechtigte Gesellschaft, unter anderem fordern wir das Wahlrecht für alle, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben!**

**Wir LINKE sind gegen jede rechtliche und soziale Ausgrenzung. Und wir enggieren uns gemeinsam und solidarisch mit vielen Münchnerinnen und Münchnern für eine demokratische, soziale und weltoffene Stadt, in der alle unabhängig von Herkunft, Kultur und Religion gleichberechtigt miteinander leben. Wir wenden uns gegen Naziterror sowie jede gesellschaftliche und staatliche Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten.**